



23.06.2010  
43/2010

Herausgeber: DPoIG-Bundesleitung

Friedrichstraße 169/170  
10117 Berlin  
Telefon (030) 47 37 81 23  
Telefax (030) 47 37 81 25

[dpolg@dbb.de](mailto:dpolg@dbb.de)  
[www.dpolg.de](http://www.dpolg.de)  
V.i.S.d.P.: Rainer Wendt

## **Diskussion um Führerscheinentzug als Strafe DPoIG: Bundesjustizministerin muss Blockadehaltung aufgeben**

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) unterstützt den mehrheitlichen Willen der morgigen tagenden Justizministerkonferenz (JMK), bei Delikten wie Diebstahl oder Körperverletzung künftig auch Fahrverbote als Strafe zuzulassen. Neben den Hauptstrafen Freiheitsentzug und Geldstrafe, würde sie den Richtern mehr Flexibilität bei der Verhängung von Strafen erlauben. **DPoIG Bundesvorsitzender Rainer Wendt:** „Bundesjustizministerin Leitheusser-Schnarrenberger muss endlich ihre Blockadehaltung aufgeben und einen Gesetzentwurf auf den Weg bringen. Fahrverbote hätten den Vorteil, zielgerichtet und mit wirklich schmerzhaften Folgen für den Delinquenten, Strafen aufzuerlegen.“

Das Argument, Führerscheinentzug und Straftaten die außerhalb des Verkehrsbereichs liegen, haben nichts miteinander zu tun, wird durch mehrere empirische Studien widerlegt. **Wendt:** „Es gibt nachgewiesenermaßen einen Zusammenhang zwischen Verkehrsverstößen und kriminellen Delikten. Verhaltensauffälligkeiten wie Impulsivität und Aggressivität erweisen sich häufig sowohl als Ursachen von Kriminalität als auch von Verkehrsdelinquenz.“

Der Einwand der Bundesjustizministerin, ein Fahrverbot sei nur schwer zu kontrollieren und deshalb unwirksam, käme nach Ansicht der DPoIG einer Kapitulation des Rechtsstaats gleich. **Wendt:** „Wer so argumentiert, stellt die Gesetzgebung auf den Kopf. Der Staat kann doch nicht Gesetze von vornherein nicht erlassen, nur weil er um ihre Umsetzung fürchtet. Dann muss der Staat eben für eine optimale Umsetzung und Kontrolle sorgen. Im Falle des Fahrverbots heißt dies: mehr Personal bei der Polizei für diese Aufgabe.“